

## Freie Forschung und Lehre erhalten

## Forschung und Wissenschaft brauchen Freiheit

Die rot-grüne Landesregierung plant die Hochschulautonomie massiv zu beschränken. Statt auf Freiheit für Entfaltung und Gestaltungsräume wird auf Bevormundung gesetzt. Umfassende Eingriffs- und Steuerungsmechanismen sollen eingeführt werden: Mit einem Landeshochschulentwicklungsplan wollen SPD und Grüne den Hochschulen wieder vorschreiben, was gelehrt und worüber geforscht werden soll. Mit juristisch fragwürdigen „Rahmenvorgaben“ für Personal, Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten sollen die Hochschulen wieder ans ministeriale Gängelband gefügt werden.

Durch die vorgesehene Umstrukturierung ist absehbar: Entscheidungsprozesse an den Hochschulen werden enorm verlängert und verkompliziert. Völlig unklar ist zudem, wie die Hochschulen die zukünftig fest vorgeschriebenen Frauenquoten in den Gremien und bei der Zusammensetzung der Professorenschaft realisieren sollen.

Auch die beabsichtigte bedingungslose Offenlegungspflicht für die Drittmittelforschung ist problematisch. Eine solch undifferenzierte Regelung wird den Hochschulen und der heimischen Wirtschaft erhebliche Nachteile bringen. Unternehmen werden dann im Interesse der eigenen Ideen- und Patentsicherung in anderen Bundesländern forschen.



## Hochschulfreiheit in NRW muss bestehen bleiben

Die Hochschulfreiheit hat sich bewährt. Noch nie in der Geschichte des Landes hat die Wissenschaftslandschaft so floriert:

- Forschungsaktivitäten und Exzellenz haben zugenommen; die Drittmittelstärke der Universitäten konnte von 2006 bis 2011 um mehr als 50 Prozent gesteigert werden.
- Der Aufwuchs der Studienanfänger im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs wurde hervorragend gemeistert.
- Die Studienbedingungen haben sich verbessert. Mehr junge Menschen werden zu Abschlüssen geführt.

Dennoch will die Landesregierung diese durch die Autonomie erreichten Erfolge nicht anerkennen. Stattdessen verfolgt sie eine Freiheitsbescheidung der Wissenschaft und eine Qualitätsverwässerung. Ganz unverblümt wird eine Aufweichung der Abschlüsse geplant: Statt den Hochschulen wird bald das Ministerium entscheiden, welche Inhalte, welche Prüfungen für Studienabschlüsse ausreichen. SPD und Grüne behalten sich sogar vor, einzelnen Fachbereichen an Universitäten das Promotionsrecht zu entziehen. Mit diversen weiteren Ermächtigungen zu Rechtsverordnungen sichern sie sich darüber hinaus auch noch umfassende Steuerungsrechte am Parlament vorbei. Das ist verfassungsrechtlich bedenklich – Klagen sind vorprogrammiert.

Die Empörung der Betroffenen ist entsprechend groß. In einem nie dagewesenen Ausmaß protestieren Universitäts- und Fachhochschulrektoren, Hochschulräte, Studentenwerke, Studierende und Wirtschaft gegen das zukunftsfeindliche Vorhaben. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Kritik und fordert die Landesregierung auf, den vorliegenden Entwurf zurückzuziehen. Wir wollen mit den klügsten Köpfen unserer Wissenschaftslandschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten und sie nicht zu Bittstellern degradieren. Wir wollen die Hochschulfreiheit auf der Grundlage einer fundierten Evaluation optimieren und weiterentwickeln.

- Antrag der FDP: Hochschulfreiheit muss bestehen bleiben
- Freimuth: Rot-Grün beerdigt Hochschulfreiheit
- Lindner: Die Ministerpräsidentin will Bürokratie, um Hochschulen zum finanzpolitischen Steinbruch von Rot-Grün zu machen.

## Breite Kritik an den rot-grünen Plänen aus der Wissenschaft

„Dieser Gesetzentwurf ist vom Geist des Misstrauens geprägt, er schafft weder Vertrauen noch Handlungs- und Risikobereitschaft in den Hochschulen. Er gibt dem Staat jegliche Ermessensspielräume und engt die Hochschulen durch verbindliche Detailregelungen und Auflagen extrem ein.“ **Die Vorsitzenden der Hochschulräte der Universitäten und Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen**

- Offener Brief der Hochschulräte vom 6. Januar 2014

„Es wird unter dem neuen Gesetz nicht mehr möglich sein, Partnern aus Industrie und Wirtschaft die notwendige Vertraulichkeit für eine Forschungszusammenarbeit zu garantieren. So wären allein in der Forschung ca. 2.500 Arbeitsplätze gefährdet.“

## Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW

- zentrale Kritikpunkte zum Entwurf eines Hochschulzukunftsgesetzes, Januar 2014

„Dieser Entwurf ist ein Zukunftsblockade-Gesetz.“ **Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Rektor der Handelshochschule Leipzig und NRW-Innovationsminister a. D.**

- Rheinische Post vom 12. Dezember 2013

## Die Wirtschaft in NRW warnt

Die IHK NRW fürchtet um die Innovationskraft des Landes. Das Gesetz sei ein deutlicher Rückschritt: „Besonders die geplante Vorschrift zu Veröffentlichungen bei Drittmitteln und Forschungsvorhaben bedroht die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft massiv. Wir können unsere Spitzenposition nur dann halten, wenn die Vertraulichkeit bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gewahrt wird.“ **Paul Bauwens-Adenauer, Präsident IHK NRW**

- IHK NRW: Hochschulgesetzesnovelle gefährdet Arbeitsplätze